

Dresdner Volkszeitung

Hofschloßstr. Dresden
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: Sächs. Staatsdruckerei, Dresden.
Verleger: Raben & Comp., Dresden.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. H. H. H.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abnahme von Exemplaren nachstehendes Blatt, ist es durch oder ohne Einfluß dieser Verwaltungen, hat der Besteller der Druckerei die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben über die Abnahme der Zeitung zu übernehmen.

Abnahme mit dem Inhalt: 1. Unterhaltungsbeilage (Abend, Sonntag, Feiertage) monatlich 1,50 M., wöchentlich 40 Pf.
Abnahme ohne Inhalt: 1. Unterhaltungsbeilage (Abend, Sonntag, Feiertage) monatlich 1,00 M., wöchentlich 30 Pf.
Telegraphische Adressen: Dresden: Volkszeitung

Schriftleitung: Postfach 10, Fernsprecher Nr. 3311. Zusendungen nur nach Dresden am 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Postfach 10, Fernsprecher Nr. 3311 und 1272. Geschäftszeiten von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Wanngebühren: Wenngebühren: Die 1. und 2. Klasse 1,00 M., die 3. Klasse 0,75 M., die 4. Klasse 0,50 M., die 5. Klasse 0,25 M., die 6. Klasse 0,10 M., die 7. Klasse 0,05 M., die 8. Klasse 0,02 M., die 9. Klasse 0,01 M., die 10. Klasse 0,005 M., die 11. Klasse 0,002 M., die 12. Klasse 0,001 M.

Nr. 89

Dresden, Freitag, den 17. April 1931

42. Jahrgang

Deutschnationale Lesersucht

Zettin, 16. April. (Eig. Draht.) Der langjährige Lagedirektor der deutschnationalen Tagespost in Zettin, Wieje, ist in diesen Tagen seines Amtes enthoben worden, nachdem im Januar 1931 die damalige Chefredakteur Turpin sich weigerte, den Dienst weiter zu versehen und seine Stellung verließ. Die Amtsenthebung von Wieje und der Abgang Turpins bilden den vorläufigen Abschluß eines Machtwechsels innerhalb der Deutschnationalen Partei Pommerens. Turpin, der in finanzieller wie politischer Hinsicht ein einflussreicher Mann war, wird nach Zettin zurückgezogen, weil man ihm zumutete, die politische Zeitung an einen nationalsozialistischen Schriftsteller, der sich dazu vorher niemals redaktionell gearbeitet hatte, zu übertragen. Die Amtsenthebung des Verlagsdirektors nicht ohne infolge geschäftlicher Rückschlüsse erfolgt. Die Abonnentenziffer der Tagespost ist infolge des Aufstretens einer Eugenbergschen und der antihugenbergschen deutschnationalen Presse in Zettin erklärlich. Erst kürzlich wurde der Verlagsvertrag wegen solider Angabe der Abonnentenziffer bei der Amtsenthebung gerichtlich verurteilt. Eine weitere Klage gegen die Art in Bezug auf die Interferenzverteilung für die deutschnational eingetragene Kulturzeitung die im selben Ort wie die Tagespost erscheint, läuft noch. Bei der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Tagespost in Zettin nur noch 8000 zahlende Abonnenten hat. Da außerdem die Errichtung eines neuen Geschäfts mit Hilfe von leeren Hypothekengeldern sowie die Anschaffung neuer Druckmaschinen das deutschnationale Unternehmen belasten, sind in diesen Tagen Verhandlungen mit dem Eugenberg-Konzern eingeleitet worden, um überhaupt die Weiterführung des deutschnationalen Unternehmens zu sichern.

Zwei Seelen und ein Eugenberg

Im Weidenberg ist ein Kinotheater in der benediktinerischen Kirche, den schon drei Wochen unermüdet anhaltend. Der Erfolg eines Filmwerkes zum Zweck weiterer Ausbreitung — allerdings für die kleine deutsche Stadt Weidenberg. Aber die Sache wird noch weit erörtert, wenn man erfährt, um welchen Film es sich handelt. Der glückliche Theaterbesitzer ist es der „Kommunistische Dramen“ in Weidenberg. Im Westen nichts Neues, dessen Verbot Herr Alfred Eugenberg (Abteilung Politische Meinung) in Deutschland schärfend gefordert hat; der Unternehmer, der jenseits der Grenzen schmunzelnd dem Verbot aus dem dreimal verurteilten Werk zieht, ist Herr Alfred Eugenberg (Abteilung Gelderwerb), mit seinem Weidenberg Ufa-Theater. Man muß schon sagen: der Mann hat einen horriblen Charakter; wenn es um sein Geld geht, bleibt er fest und haftet auf jede Meinung, auch die eigene!

Neue Schmutzwelle

Volksparteilicher mit nationalsozialistischen Verleumdungen Arm in Arm

In Preußen hat die Agitation zum Volksbegehren des Stahlhelms begonnen. Dabei hat die Agitation der Reichspartei gegen die republikanischen Parteien widersprüchliche Formen angenommen. Eine neue Schmutzwelle ergriff sich über die verantwortlichen Politiker der Republik. Der Soz. Proch dient schreibt dazu: Es sind immer wieder dieselben Zinnschäpfe, die ihren Anhalt gegen die Republik verlieren. An der Spitze steht die Presse des Herrn Eugenberg, der der politische Propaganda und Verleumdung schon längst nicht mehr auszuweichen vermag. In ihr stellen sich die Journalisten der Reichspartei, und jetzt ist es glücklicherweise so weit, daß auch die Organe der Deutschen Volkspartei an der Unterzeichnung der Schmutzpropaganda teilnehmen! Die rechtsradikalen Parteioptionen trauen den Schmutz weiter ins Land. Eine Vermischung von Verleumdungen und Schmutzpropaganda ist allortort.

Der Inhalt der Verleumdungen ist durchaus nicht neu. Aeltere, durch Gerichtsurteile und anderweitig längst widerlegter Schmutz wird neu aufgewärmt, das Märchen, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Unterstützung die deutsche Revolution organisiert habe, der alte Schmutz vom Landverrat und nicht zuletzt die verurteilte Behauptung, daß jeder sozialdemokratische Beamte ein Verräter sei. Die Leute von der Volkspartei, die an diesem Schmutz heute ihre Freude bezeugen, lassen sich nicht im mindesten dadurch stören, daß ihre Bundesgenossen aus dem Hitler Lager gleichzeitig die alte Lüge wieder aufleben lassen, daß Stresemann mit ausländischen Geld bestochen worden sei, um in den Geheimer Verhandlungen die deutschen Interessen zu verraten. Sie fühlen sich wohl beim Wühlen im Schmutz, daß sie gar nicht bemerken, wie sehr sie ihre eigene Partei und sich selbst mit beschämen.

Inszwischen hat sich eine neue Form der Verleumdung herausgebildet, die um so merkwürdiger ist, als sie sich hinter der Maske der Sorge um die öffentlichen Interessen verbirgt. Die öffentliche Kritik ist notwendig. Sie ist ein Lebenselement der Demokratie. Wenn Gerichte gegen öffentliche Einrichtungen oder Beamte im Umhau sind, ist es notwendig, daß ihnen nachgegangen wird. Wenn aber dieselben Leute, die solche Gerichte zu beschwören selbst wesentlich in die Welt gehen, sie nachträglich mit heuchlerischer Besorgnis zu öffentlichen Anträgen im Parlament mißbrauchen, so ist das nicht mehr Wahrnehmung öffentlicher Interessen, sondern ganz gewöhnliche Verleumdung!

Die preussischen Behörden haben sich in den letzten Tagen mit drei Fällen der Korruptionsbehalte befaßt. Einmal war behauptet worden, daß die Brandenburger Ortskrankenkasse einen Zugsbau errichtet habe, der

ein Kohn auf die Not der Zeit sei. Die Nachprüfungen durch das Ministerium für Volkswohlfahrt haben ergeben, daß diese Behauptung eine unannehmerliche Hebertreibung zu beschwören darstellt. Eine andere Behauptung in der gleichen Richtung ging dahin, daß der Landrentmeister auf der Lomäne Lunderleben einen Palast mit 42 Zimmern errichtet habe. Die Wahrheit ist, daß eine einfache Pächterwohnung errichtet wurde, in der je ein Pächter für die Pächterfamilie und für die Angehörigen und Diensten vorgesehen wurde. Eine dritte Behauptung wollte wissen, daß beim Neubau eines Scheibhauses in Merichura der Landrentmeister auf das Torpedo überfahren worden sei und daß für die Ausbesserung der Dienstwohnung des sozialdemokratischen Landrats ein unannehmerlicher Betrag ausgegeben worden sei. Auch hier haben die Nachprüfungen sofort ergeben, daß es sich um ganz unannehmerliche Hebertreibungen und Fälschungen handelt.

Derartige Behauptungen werden häufig zu Duzen den in die Welt gesetzt. Die preussische Regierung hat dieser Sache gegenüber bisher außerordentlich Sanftmut bewiesen. Die Notverordnung des Reichspräsidenten würde ihr die Möglichkeit geben, in vielen Hunderten von Fällen mit Hilfe dieser Verordnung einzuschreiten. Sie hat dennoch diese Verordnung auf das Zurückhaltendste angewandt, in der richtigen Erwägung, daß die Leute, die Politik und Verleumdung gleichsetzen, sich auf die Dauer nur selbst schädigen. In zwei Fällen jedoch ist sie gewillt, von den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, rücksichtslos Gebrauch zu machen — wenn nämlich diese Agitation der Unanständigkeit der Staatsregierung Landesverrat böswillig nachläßt oder wenn die schmutzige Behauptung erhoben wird, die Staatsregierung oder einzelne ihrer Mitglieder arbeiteten für die eigene Tasche. In diesen Fällen ist sie fest entschlossen, gegen die Verleumder rücksichtslos einzuschreiten, damit restlose Klarheit über diese Anwürfe geschaffen wird.

Trotz dieser Zurückhaltung der Preussenregierung erhebt die „Einheitsfront der unanständigen Menschen“ ein lautes Geschrei über angebliche Verwaltskämpfe. Sie hat zu einer besonderen Methode gegriffen, indem sie den Reichspräsidenten mit Behauptungen, Klagen und Beschwerden bombardiert. Ist es nicht eine ehrenrührige Zumutung an den Reichspräsidenten, daß er zugunsten niedriger Verleumdungen und Lügen einschreiten und das Treiben der „Einheitsfront der unanständigen Menschen“ bestrafen soll? Aber auch darüber stellt sich die Frage. Es soll damit bewiesen werden, daß der Reichspräsident „verfaßt“ habe! Auf diese Weise bereitet die Einheitsfront von Hitler über Eugenberg und den Stahlhelm bis zur Volkspartei hin den Präsidentenwahlkampf gegen Hindenburg vor!

Brot wird teurer

Ein Erfolg Schieles

Leipzig, 16. April. Der Brotpreis ist für Weidenberg nun doch noch, und zwar vom 15. April an, von 17 auf 18 Pf. pro Pfund erhöht worden. Die Bäcker-Zwangslösung hat die Erhöhung vorgenommen, da nicht mit der Möglichkeit einer Preisreduzierung zu rechnen sei; augenblicklich wird jedoch noch zwischen der Bäcker-Zwangslösung und dem Rat der Stadt darüber verhandelt, den Bäckergeheimnissen, von denen für Leipzig 70 000 in Frage kommen, das Brot zu verbilligten Preisen zu liefern. Die Bäckerinnung soll sich grundsätzlich bereit erklären, für die Bäckergeheimnisse einen Preis von 16 Pf. pro Pfund anzunehmen. Den Unterstützungsbedürftigen müßten dann vom Bäckerinnungs Brotmarken ausgestellt werden. Ueber die Form des Markeninhalts sprechen die Verhandlungen ebenfalls noch; zunächst gilt aber auch für die Bäckergeheimnisse der erhöhte Brotpreis.

Auch in vielen anderen Orten sind in den letzten Wochen die Brotpreise gestiegen, eine Folge der Schieleschen Zollpolitik. Durch überhöhte Zölle hat man die Getreidepreise in den letzten Wochen recht erheblich hinaufgetrieben. Es ist die höchste Zeit, daß die Getreidezölle gründlich herabgesetzt werden. Unentzerrlich ist es, daß in dieser Zeit der schwersten Not den Massen auch noch ihr bisheriges Brot verteuert wird.

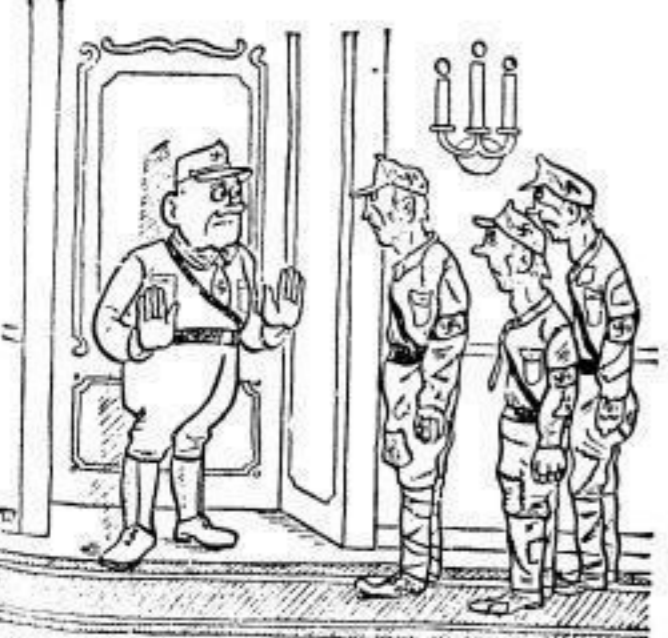
Europäische Wirtschaftsreform?

Schon seit längerer Zeit wird erörtert, ob es nicht möglich und zweckmäßig sei, daß Deutschland den Agrarländern

Südosteuropas für ihre Agrarprodukte Vorzugszölle einräume. Das Bekanntwerden des Planes einer deutsch-österreichischen Zollunion hat Frankreich Anlaß gegeben, nun auch europäische Zollvereinigungspläne zu verfolgen. Nach einer Pariser Meldung verhandelt die französische Regierung seit einigen Tagen mit den Regierungen Englands, Italiens, Polens und den Staaten der Kleinen Entente zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Wirtschaftsstreikplanes. Der Plan soll auf die Gewährleistung von Vorzugszöllen für die unter der Landwirtschaft leidenden ost- und mitteleuropäischen Staaten hinauslaufen. Dieses Vorhaben Frankreichs soll natürlich ein Gegenstoß gegen die geplante deutsch-österreichische Zollvereinigung sein. Man will der deutsch-österreichischen Zollunion eine Gruppe handelspolitisch enger zusammengegliedert anderer europäischer Staaten entgegenstellen.

Führen die deutsch-österreichischen Zollverhandlungen wirklich dazu, daß nun ernsthafte Versuche gemacht werden, um einen Abbau der europäischen Zollmauern herbeizuführen, so wäre dadurch allein schon recht Nützlich erreicht. Wenig wünschenswert wäre freilich eine Scheidung Europas in zwei zollpolitisch feindliche Lager. Deshalb müßten Deutschland und Oesterreich recht bald erklären, sie seien bereit, an Verhandlungen über eine umfassende europäische Zollvereinigung teilzunehmen. Eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich könnte vielleicht die Keimzelle eines wirtschaftlich geeinten Europas werden. Aber jeher viel mehr wäre gewonnen, wenn es schon jetzt gelänge, eine Zollvereinbarung herbeizuführen, die einen größeren Teil Europas umfaßte.

Die hungrige SA.



„Wir haben seit drei Tagen nichts Warmes gegessen.“
Kaiser, der Ofen berät neue Abzeichen für die Uniform der Führer!